

Alles weit besser als diese Autorität auf militärischem Gebiete und die maßgebenden Persönlichkeiten des auswärtigen Amtes wissen wollte, und, obgleich Herr von Bronsart dessen Darlegungen sofort widerlegte, doch bis zur letzten Sitzung dieses für das Deutsche Reich so unheilvollen Reichstages bei seiner Opposition und Negation beharrte.

Während bei der am Freitag den 3. Dezember 1886 begonnenen ersten Berathung die Debatte hauptsächlich zwischen dem Abgeordneten Eugen Richter und dem preußischen Kriegsminister Bronsart von Schellendorff sich entwickelt hatte, trat bei der Fortsetzung dieser ersten Berathung, in der 6. Sitzung des Deutschen Reichstages (4. Dezember 1886) als erster Redner der Führer des Centrums, Abgeordneter Dr. Windthorst auf und suchte den Reichstag wiederholt zu überzeugen, daß er Alles für des Vaterlandes Selbstständigkeit und Sicherheit zu thun bereit sei, daß, wenn das Vaterland in Gefahr sei, ihm und seinen Freunden kein Opfer zu groß erscheine, daß sie die Armee stark erhalten und unter allen Umständen alles thun wollten, was nöthig sei, um Deutschland in seinem Rang, Stand und Ansehen zu erhalten, den es heute habe. Der vaterlandsfreundliche Welsen- und Centrumsführer schloß seine Rede mit den Worten: „Gott schütze unser Vaterland, und was uns betrifft, so wollen wir nicht leichtfertig ablehnen, was nöthig ist, noch ohne Noth neue Lasten dem Vaterlande auflegen.“

Daß diese Noth wirklich vorhanden, daß der gesammte Reichstag die Regierungs-Vorlage unverändert annehmen und, wenn die Majorität desselben wirklich deutsch fühlte und deutsch dachte, dieselbe nicht leichtfertig ablehnen durfte, weil sie eben nöthig war, das ging aus der Rede des greisen Feldmarschalls und Abgeordneten, Graf von Moltke, hervor, der unter allgemeiner Spannung nach dem Abgeordneten Dr. Windthorst das Wort nahm und Folgendes ausführte:

Meine Herren! Ich möchte Ihnen doch die Vorlage der Regierung recht angelegentlich empfehlen. Man kann es ja beklagen, daß wir genöthigt sind, einen großen Theil der Einnahmen des Reiches anstatt auf den Ausbau im Innern, für die Sicherung nach Außen zu verwenden; das wird aber bedingt durch allgemeine Verhältnisse, die wir abzuändern ganz außer Stande sind. Meine Herren, ganz Europa startt in Waffen. Wir mögen uns nach links oder nach rechts wenden, so finden wir unsere Nachbarn in voller Rüstung, in einer Rüstung, die selbst ein reiches Land auf die Dauer nur schwer ertragen kann. Das drängt in Naturnothwendigkeit auf baldige Entscheidungen hin und ist der Grund, weshalb die Regierung schon vor Ablauf des Septennats eine Verstärkung der Armee verlangt. Aus den die Regierungsvorlage begleitenden Motiven ersehen Sie, wie sehr wir hinter den Rüstungen der übrigen Großmächte zurückgeblieben sind. Sie ersehen daraus, daß von allen großen Armeen die unserige noch die mindest kostspielige ist, daß sie weniger als irgend eine andere auf der Gesamtbevölkerung lastet, und daß beispielsweise Frankreich nahezu das Doppelte an seine Armee wendet, wie wir. Noch in diesen Tagen sind die sehr erheblichen Anforderungen des

französischen Kriegsministers in den Kammern anstandslos bewilligt. Man hat nun die Richtigkeit dieser Zahlenangaben in Abrede gestellt. Ja, meine Herren, hier im Plenum können wir unmöglich die Rechnung aufmachen; das wird sich in der Kommission finden. Ich halte die Angaben für richtig, denn sie gründen sich auf die besten Nachrichten, die wir haben können. Man hat uns nun den Rath gegeben, uns mit Frankreich zu verständigen. Ja, das wäre gewiß sehr vernünftig, es wäre ein Segen für beide Nationen und eine Bürgschaft für den Frieden in Europa. Wenn es nun aber nicht geschieht, — à qui la faute? So lange die öffentliche Meinung in Frankreich ungestimmt die Zurückgabe zweier wesentlich deutscher Provinzen fordert, und während wir fest entschlossen sind, sie niemals herauszugeben (lebhaftes Bravo), so wird eine Verständigung mit Frankreich kaum möglich sein. Man hat dann hingewiesen auf unser Verhältniß mit Oesterreich. Dieses Bündniß ist ein sehr werthvolles; aber es ist schon im gewöhnlichen Leben nicht gut, sich auf fremde Hülfe zu verlassen: Ein großer Staat existirt nur durch seine eigene Kraft. (Bravo rechts!)

Wenn ich recht verstanden habe, so wurde behauptet, daß die Vorlage der Regierung sich nur auf die Friedenspräsenz, nicht auf die Kriegspräsenz, d. h. die Kriegsstärke, bezöge. Meine Herren, die Vorlage fordert allerdings eine Etatserhöhung für gewisse Truppentheile, die nahe der Grenze vielleicht berufen sind, gleich im ersten Augenblick des Krieges in Aktion zu treten. Dadurch wird die Kriegsstärke in keiner Weise vermehrt, es vermindert sich nur die Zahl der nachzusehenden Reserven; aber die Vorlage fordert ja ausdrücklich und hauptsächlich die Aufstellung neuer Kadres, und die werden allerdings die Kriegsstärke vermehren. Die Kadres von 31 neuen Bataillonen vermehren die Kriegsstärke um 31 000 Mann. Dann hat man auch wieder die zweijährige Dienstzeit in Anregung gebracht. Ja, meine Herren, ich gehe nicht näher darauf ein; die Sache ist früher gründlich besprochen worden. Bei der gegenwärtigen politischen Lage unser ganzes bisheriges Militärsystem über den Haufen zu werfen und ein neues einzuführen, das würde doch ein bedenkliches Experiment sein. (Sehr richtig!) Zweijährige Dienstzeit haben wir eigentlich schon; da noch eine weitere Herabsetzung herbeizuführen, das würde eine Vermehrung der Ziffer und eine Verschlechterung der Qualität sein, und damit ist uns nicht gedient. Im Gegentheil, unsere beste Sicherung beruht eben in der Vorzüglichkeit unserer Armee. Es ist dann mit vollem Recht auch die finanzielle Seite der Frage in Betracht gezogen. Ja, meine Herren, ich verkenne gewiß nicht die große Wichtigkeit einer guten Finanzlage — nicht eigentlich im Kriege; da, wo es sich um Kämpfe und Entscheidungen handelt, wo nach dem Ausspruch des deutschen Landsknechts — Patronenhülsen die gangbarsten Papiere sein werden, da, meine Herren, hört die Rücksicht auf die Finanzlage auf. Aber außerordentlich wichtig ist sie für die Vorbereitung zum Krieg, für gute Ausrüstung der Truppen, für Anlage von Befestigungen, für zweckmäßig geführte Eisenbahnen. Ein unglücklicher Krieg zerstört auch die beste

Finanzwirthschaft; die Finanz muß eben durch die Armee gesichert sein. Meine Herren, ich glaube, daß wir durch eine Reihe von Jahren schon davon haben überzeugen können, daß wir eine umsichtige, redliche und sparsame Armeeverwaltung haben. (Sehr richtig!) Auch die jetzt in Rede stehende Vorlage ist wesentlich durch Rücksichten auf Sparsamkeit bestimmt. Man hat darauf verzichtet, schon im Frieden, wie dies außerordentlich wünschenswerth wäre, alle unsere Geschütze bespannt zu haben, wie das bei unseren Nachbarn der Fall ist. Die Vermehrung bezieht sich wesentlich auf die Infanterie, als die mindest kostspielige Waffe. Die Hälfte der neu aufzustellenden Bataillone wird bereits bestehenden Regimentern angeschlossen, um die Stäbe für Regimenter zu sparen. Kurz, meine Herren, es ist nicht das militärisch absolut Wünschenswertheste, sondern das finanziell Erreichbare dabei ins Auge gefaßt worden. Und dann, meine Herren, die Forderung, die an das Land gestellt wird — sie wird gestellt, um den bisher mühsam aufrecht erhaltenen Frieden in Europa, wenn es möglich ist (hört, hört!) auch ferner noch zu sichern. Ich meine, wenn wir diese Vorlage ablehnen, so involvirt dies eine sehr ernste Verantwortlichkeit, vielleicht für das Glend einer feindlichen Invasion, eine Verantwortung, die, von hundert Schultern getragen, dennoch für jeden Einzelnen schwer genug wiegen muß. Durch große Opfer haben wir erreicht, was alle Deutschen seit soviel Jahren ersehnt haben: wir haben das Reich, wir haben die Einheit Deutschlands. Möchten wir auch die Einigkeit der Deutschen in einer solchen Frage haben, wie sie hier vorliegt! Die ganze Welt weiß, daß wir keine Eroberungen beabsichtigen; mag sie aber auch wissen, daß wir das, was wir haben, erhalten wollen, daß wir dazu entschlossen und gewappnet sind. (Lebhafter Beifall.)

Im gesammten In- und Auslande rief diese Rede unseres so hochverdienten Strategen selbstverständlich die lebhafteste Sensation hervor und wohl in keiner wahrhaft deutsch fühlenden Mannesbrust waltete ein Zweifel darüber, was der Deutsche Reichstag nach solchen, von solcher Seite kommenden Worten zu thun für seine Pflicht erachten mußte! Daß man den späteren Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Grillenberger, der das „non possumus“ seiner Partei zu begründen suchte, nur geringe Aufmerksamkeit schenkte, war vorauszusehen. Nach ihm sprachen der nationalliberale Abgeordnete Marquardsen und der konservative Abgeordnete Fehr. von Wöllwarth im Sinne der Regierungs-Vorlage, worauf der preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorff sich noch in der Hauptsache gegen die Ausführungen des Abgeordneten Grillenberger wandte und dessen Ausführungen entkräftete. Am Schlusse dieser Sitzung vom 4. Dezember wurde die Militär-Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Die verbündeten Regierungen hatten den größten Werth darauf, die Kommissions-Berathungen noch vor Weihnachten beendet